

PROTOKOLL

über die 15. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und
Integration

-Videokonferenz- am Dienstag, den 09.02.2021,
Forum am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: SJFSul/019/2021
Öffentliche Sitzung: 19:02 Uhr bis 20:58 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Heiko Christian Grube

Mitglied CDU-Fraktion

Karl-Heinz Gerling

Thomas Schulke

Malte Stakowski

Herla Wendelin-Feindt

Mitglied SPD-Fraktion

Jutta Dettmann

Karin Kattner-Tschorn

Mathias Otto

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Ursula Buermeyer

Herbert Linnemann-Grundmann, (parteilos)

Mitglied UWG-Fraktion

Ursula Thöle-Ehlhardt

Hinzugewählte

Regine Herchen

Judith Huning

Timo Käthner

Stefanie Tigler

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Andreas Dreier

StAR Klaus-Peter Kugler

StVOR Karl-Wilhelm Möller

Gleichstellungsbeauftragte Marita Feller

Stadtjugendpflegerin Tanja Werges

Protokollführer

Michael Hölscher

Zuhörer

Presse

Zuhörer

Frau Ropers

2

Abwesend:

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 17.11.2020
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Antrag zur Änderung der Wahlordnung für das Jugendparlament
Vorlage: 01/2021/0033
- TOP 7 Antrag der UWG-Fraktion zur Verwendung von erhöhten Fördermitteln aus dem Programm Jugendpower 2000+ des Landkreises Osnabrück für das Jahr 2020
Vorlage: 01/2020/0302
- TOP 8 Antrag der UWG-Fraktion zur Verwendung von erhöhten Fördermitteln aus dem Programm Jugendpower2000+ des Landkreises Osnabrück
Vorlage: 01/2020/0303
- TOP 9 Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung der Richtlinie zur Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen durch die Stadt Melle
Vorlage: 01/2021/0018
- TOP 10 Unterjähriger Finanzcontrollingbericht für den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration zum Stichtag 31.10.2020
Vorlage: 01/2021/0038
- TOP 11 Haushaltsberatung 2021 / 2022 - Teilhaushalt 190, 400 und 500
- TOP 12 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzender begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und die Presse. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die Sitzung. Vorsitzender weist auf die besondere Form der Sitzung in Art einer Videokonferenz hin. Diese Vorgehensweise ist der aktuellen Entwicklung bezüglich der Corona-Pandemie und durch die Stadt Melle für den Sitzungsdienst getroffenen Schutzmaßnahmen hin so entschieden worden. Die Sitzungsmitglieder erklären sich mit der Aufzeichnung der Sitzung zu Protokollzwecken einverstanden. Es wird in einer Gedenkminute an das verstorbene Ausschussmitglied Herrn Manfred Lindemann gedacht.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es ergeben sich keine Fragen im Rahmen der Einwohnerfragestunde.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender schlägt vor, die Tagesordnung um den TOP „Haushaltsberatung 2021/2022 – Teilhaushalt 190, 400 und 500 unter den Tagesordnungspunkt 11 zu erweitern. Dieser TOP wurde versehentlich nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Der Erweiterung wird einstimmig zugestimmt.

Außerdem ist seitens der CDU – Fraktion am 04.02.2021 ein Antrag „Unterstützung älterer und mobilitätseingeschränkter Personen bei der Impfung gegen COVID-19 durch Errichtung dezentraler Impfstationen“ eingegangen. Dieser Antrag wird nicht auf die Tagesordnung als TOP aufgenommen. Es besteht die Möglichkeit zu dem Antrag im TOP Wünsche und Anregungen näher Stellung zu beziehen.

Ansonsten wird der Tagesordnung ohne weitere Änderung zugestimmt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 17.11.2020

Dem Protokoll vom 17.11.2020 wird ohne Anmerkungen oder Ergänzungen einstimmig zugestimmt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Vorsitzender bittet Herrn Dreier um seinen Bericht. Herr Dreier berichtet wie folgt:

Ferienbetreuung 2020

Coronabedingt wurden an allen vier Standorten mit 192 Kindern nur knapp halb so viele Kinder betreut, wie im Jahr 2019. Dennoch war der finanzielle Aufwand im letzten Jahr höher als in den Vorjahren.

Ursächlich dafür waren

- ein höherer Betreuungsschlüssel und damit Personalaufwand bei den einzelnen Gruppen auf Grund der coronabedingten Vorgaben
- deutlich geringere Elternbeiträge
- erhöhter Sachaufwand für Spielmaterialien, da auf Grund der Hygienekonzepte eine Nutzung ausschließlich gruppenintern erlaubt war und sonstige Spielmöglichkeiten in den Turnhallen nicht stattfinden durften.

Integrationsarbeit

Das Projekt eines Kulturmittlers an der Ratsschule Melle wurde planmäßig zum 31.01.2021 beendet, erhält aber dadurch Nachhaltigkeit, dass der bisherige Mitarbeiter weiterhin an der Ratsschule verbleibt und dort sein Referendariat absolviert.

Darüber hinaus gibt es seit September 2019 eine weitere Stelle, die mit den Mitteln des Landkreises für das kommunale Integrationsmanagement finanziert wird. Über diese Stelle (Trägerschaft liegt beim Caritasverband) erhalten Bürger*innen „Hilfe bei Antragstellungen und Wohnungsangelegenheiten“ vor Ort in Melle-Mitte. Diese Stelle wird auch in 2021 weitergeführt, allerdings sucht der Caritasverband dafür aktuell eine neue Besetzung.

Ende Januar 2021 wurde ein neuer Antrag für die Mittel des Landkreises Osnabrück zur Förderung des lokalen Integrations- und Migrationsmanagements gestellt, verbunden mit einer Bewerbung um eine damit verbundene Prozessbegleitung durch das Projekt LOK-IN des Landkreises. Die beantragten Mittel in Höhe von insgesamt ca. 41.000,00 € sollen für die Evaluation und Weiterentwicklung des Integrationsplans verwendet werden sowie für notwendige Maßnahmen bzw. Angebote. Frau Feller hatte dazu auch schon berichtet.

Neues Angebot des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Der Paritätische Wohlfahrtsverband möchte sich schon seit längerer Zeit aktiver in Melle einbringen. Daher hat er im letzten Jahr einen Antrag bei der ARD Fernsehlotterie für das Projekt "mobile Wohnumfeldberatung" gestellt.

Ende November hat der Verband eine Zusage bekommen und kurz vor Weihnachten auch einen passenden Mitarbeiter für das Projekt gefunden. So wird der Paritätische Wohlfahrtsverband voraussichtlich ab dem 01.03.2021 mit dem Projekt "mobile Wohnumfeldberatung" in Melle starten.

Veranstaltung am 1. Mai 2021

Mit Blick auf die Corona-Situation wird die Veranstaltung am 1. Mai am Weberhaus auch in diesem Jahr nicht stattfinden. Die Beteiligten an der Veranstaltung werden entsprechend informiert.

Sozialamt

Wohngeld

Im Bereich der Wohngeldbearbeitung gab es im Jahr 2020 eine deutliche Fallzahlsteigerung. Dies ist zum einen auf die zum 01.01.2020 geltende Rechtsänderung zurückzuführen, aber letztendlich auch auf coronabedingte Veränderungen in der Lebenssituation der Menschen.

Vorsitzender dankt für den Bericht und stellt diesen zur Aussprache.

Herr Linnemann-Grundmann erkundigt sich, ob die Anzahl der Antragsteller die warmes Mittagessen in den Schulen im Rahmen des BUT beanspruchen, benannt werden kann. (Anmerkung der Verwaltung: Pandemiebedingt kann derzeit keine belastbare Zahl geliefert werden.)

Herr Möller berichtet in diesem Zusammenhang, dass für den Bildungsausschuss eine Zahl ermittelt wurde, die für im Rahmen des Corona-Hilfspaket Anspruch auf ein vergünstigtes bzw. kostenfreies Ipad – Leihgerät haben. Hierbei wurden die Berechtigten für ein kostenfreies Mittagessen als Grundlage angenommen. Diese Anzahl beläuft sich auf 380.

Frau Wendelin-Feindt erkundigt sich, ob den für die Familien, deren Kinder derzeit im Homeschooling befinden und dass Mittagessen dadurch nicht in Anspruch nehmen können, ein finanzieller Ausgleich stattfindet. Dazu berichtet Frau Tigler, dass die Wohlfahrtsverbände zu dieser Thematik eine Umfrage durchgeführt haben. Diese habe ergeben, dass nur 2 Schulen sich dazu etwas überlegt haben und man sei hier seitens der Diakonie am Ball.

**TOP 6 Antrag zur Änderung der Wahlordnung für das
Jugendparlament
Vorlage: 01/2021/0033**

Frau Werges stellt die Beschlussvorlage vor. Das Jugendparlament verspricht sich durch die vorgeschlagenen Änderungen eine Steigerung der Wahlbeteiligung.

Vorsitzender zeigt sich erstaunt über den Ansatz der Jugendlichen weg von dem rein Digitalen wieder hin zu der Möglichkeit der Urnenwahl.

Frau Dettmann kann den Ansatz gut nachvollziehen und erklärt für die SPD – Fraktion ihre Zustimmung.

Auf Nachfrage von Frau Buermeyer bestätigt Frau Werges, dass die wahlberechtigten Jugendlichen schriftlich über die Wahl informiert werden. Darauf erklärt Frau Buermeyer ihre Zustimmung.

Frau Wendelin-Feindt bemerkt, dass es schön sei, dass sich die Jugendlichen Gedanken zur Steigerung der Wahlbeteiligung gemacht haben und erklärt für die CDU – Fraktion ebenfalls die Zustimmung zu dem Antrag.

Frau Thöle-Ehlhardt hat die Hoffnung, dass durch die beantragte Änderung die Wahlbeteiligung gesteigert wird. Sie erklärt ebenfalls ihre Zustimmung.

Vorsitzender stellt somit den Antrag zur Abstimmung. Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Melle beschließt die in der Sach- und Rechtslage genannten Änderungen in der Wahlordnung für das Jugendparlament Melle.

TOP 7 Antrag der UWG-Fraktion zur Verwendung von erhöhten Fördermitteln aus dem Programm Jugendpower 2000+ des Landkreises Osnabrück für das Jahr 2020
Vorlage: 01/2020/0302

Frau Thöle-Ehlhardt stellt ihren Antrag vor und die Beweggründe vor. Sie sieht es dabei als besonders wichtig an, diese Mittel in diesen Zeiten zusätzlich für Aufgaben in der offenen Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen und nicht zur allgemeinen Deckung der Kosten der Jugendarbeit zu verwenden.

Herr Dreier merkt dazu an, dass der Stadt Melle die Jugendarbeit sehr wichtig ist und dafür mehr als eine halbe Mio. EUR ausgibt, die längst nicht vom Landkreis Osnabrück erstattet werden. Umso erfreulicher sei die Ausschüttung im Oktober letzten Jahres trotz des noch nicht vorliegenden Konzeptes gewesen. Er verweist dabei auf die Nachfrage von Frau Thöle-Ehlhardt darauf, dass sich die tatsächliche Erhöhung der Mittel des Kreises auf ca. 40.000 EUR belaufen. Die 58.000 EUR ist der Betrag, der bisher von der Förderung nicht ausgegeben wurden.

Herr Schulke stellt fest, dass die Jugendarbeit in der Stadt Melle einen hohen Stellenwert habe. Dies sei durch den jährlichen Ansatz in Höhe von 520.000 EUR sehr deutlich erkennbar. Dem Antrag könne er so nicht zustimmen, da die zusätzlich eingenommenen 40.000 EUR nicht im allgemeinen Haushalt aufgegangen seien, sondern tatsächlich schon zweckgebunden für offene Jugendarbeit ausgegeben worden sind.

Frau Buermeyer findet den Übertrag sehr sinnvoll und plädiert dafür, dass dieses Geld für besondere Projekte eingesetzt werden sollte. In Zeiten von Corona habe sich besonders gezeigt, dass Projekte vor Ort besonders wichtig seien und diese bedürfen einer besonderen Unterstützung. Dies liege unter anderem daran, dass den Jugendlichen oftmals die Mobilität fehle.

Herr Otto und Herr Gerling plädieren für einen Übertrag.

Vorsitzender stellt heraus, dass nach seiner Ansicht die Verwaltung und Politik jeweils verständliche Argumente liefern. Er selber werde trotz der sehr kontroversen Diskussion innerhalb der CDU – Fraktion für den Antrag stimmen.

Auch Frau Wendelin-Feindt berichtet von der ausgiebigen Diskussion innerhalb der Fraktion. Sie habe sich nach langer Überlegung ebenfalls entschieden, für den Antrag zu stimmen.

Herr Schulke macht deutlich, dass die Transparenz der Verwendung des Geldes sowohl mit einem Übertrag als auch einer Vereinnahmung in 2020 gegeben wäre.

Vorsitzender stellt nach Diskussion den Antrag zur Abstimmung. Der Ausschuss fasst bei einer Gegenstimme mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Die UWG Fraktion im Stadtrat der Stadt Melle stellt hiermit den Antrag, dass die vom Landkreis Osnabrück erhöhten Mittel aus dem Programm Jugendpower 2000+ für das Jahr 2020 in der Höhe von 58.000 € übertragen werden in das kommende Haushaltsjahr und hier weiterhin ausschließlich für die Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen der Stadt Melle verwendet werden, wie es der immer noch geltenden Beschlusslage der Stadt Melle aus dem Jahr 2000 entspricht.

TOP 8 Antrag der UWG-Fraktion zur Verwendung von erhöhten Fördermitteln aus dem Programm Jugendpower2000+ des Landkreises Osnabrück
Vorlage: 01/2020/0303

Frau Thöle-Ehlhardt stellt ihr Anliegen anhand des vorliegenden Antrages vor. Sie stellt dabei heraus, dass es der Fraktion darum gehe, jetzt eine Personalstelle zu schaffen, die Initiativen, Projekte, Jugend-Gruppierungen vor Ort professionell unterstützt und insbesondere bei neuen Ideen mit Rat und Tat zur Seite stehe. Diese Stelle sollte nicht mit weiteren Aufgabenspektren belegt werden, sondern sich ausschließlich um die Belange vor Ort kümmern.

Herr Möller informiert, dass die Verwaltung dabei ist, das Konzept der offenen Jugendarbeit vorzubereiten und dann der Politik vorzustellen. Er gibt zu bedenken, dass der Landkreis Osnabrück das Konzept Jugendpower 2000 derzeit auf den Prüfstand stellt und sich eine Neuausrichtung andeutet. Daher kann die zukünftige Förderungshöhe des Landkreises derzeit nicht prognostiziert werden.

Frau Tigler bittet um Information, ob die Frage der Personalaufstockung nicht schon mal Thema vor einigen Jahren war.

Herr Dreier informiert, dass in dem Beschluss aus 2018 hinsichtlich der Neuaufstellung des Konzeptes offene Jugendarbeit festgestellt wurde, das die derzeitige Personalstruktur als derzeit ausreichend angesehen wurde. In der Vorlage war die Schaffung einer entsprechenden Stelle angedacht, dies würde jedoch erst mit der Umsetzung des Konzeptes zum Zuge kommen.

Frau Buermeyer erklärt für die Fraktion der Grünen ihre Zustimmung zu dem Antrag. Die Einrichtung der Stelle sei wichtig, damit unter anderem die 12-17Jährigen mitgenommen werden können, die z.B. nicht in Vereinen und Verbänden organisiert sind. Die Jugendlichen vor Ort seien häufig nicht so mobil, um in der Kernstadt das Stahlwerk aufzusuchen. Daher sei eine Stärkung vor Ort umso wichtiger, damit jetzt in Zeiten der Pandemie Angebote vor Ort nicht wegbrechen bzw. neue Ideen professionelle Unterstützung erfahren.

Herr Schulke spricht sich grundsätzlich nicht gegen eine neue Stelle aus. Dennoch müsse das Stellenprofil und weitere Fragen zunächst mit den zuständigen Akteuren des zu entwickelnden Konzeptes abgestimmt werden und daher könne er dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen.

Herr Stakowski ist grundsätzlich auch für eine Stelle in diesem Bereich. Er regt jedoch an, zunächst interfraktionell mit der Verwaltung bis zum nächsten Ausschuss das Profil der Stelle und den Bedarf vor Ort zu ermitteln und zu benennen, um dann eine von breiter Masse getragene Antrag auf die Reise schicken zu können und das geplante Konzept dadurch nicht aus der Bahn zu bringen.

Herr Otto und Frau Wendelin-Feindt schließen sich den Ausführungen von Herrn Schulke und Stakowski an. Sie sehen hier ebenfalls weiteren Gesprächsbedarf.

Frau Dettmann spricht an, dass es schon wichtig sei, die beantragte Stelle im Gesamtzusammenhang mit dem Konzept des Landkreises Osnabrück und der Weiterentwicklung des Konzeptes der Stadt Melle zu sehen und hofft, dass in zwei oder drei Monaten hier schon mehr vorliege. Sie würde den hier vorgelegten „Schnellschuß“ so nicht befürworten.

Frau Thöle-Ehlhardt bringt in Erinnerung, dass die Festlegung, dass städtische Konzept vor 2024 in Kraft zu setzen zur Folge gehabt hätte, dass die Stellen in Buer und Neuenkirchen vorher weggefallen wären. Das wollte man seinerzeit nach vielen Gesprächen vermeiden und hatte daher den Zeitpunkt 01.01.2024 gewählt. Sie bringt zudem zum Ausdruck, dass es bei der Stelle genau darum gehe, jetzt die Bedarfe vor Ort abzufragen und wenn Geld für eine Stelle jetzt da sei, warum diese nicht sofort eingerichtet werde. Geschoben hätte man schon lange genug. Sie möchte durch die sofortige Einrichtung auch verhindern, dass dies zum Wahlkampthema und dabei möglicherweise zerrieben wird. Sie signalisiert durchaus

Gesprächsbereitschaft, möchte die grundsätzliche Entscheidung der Einrichtung der Stelle jedoch nicht verschieben.

Herr Linnemann-Grundmann erklärt, dass er die Argumente, die Frau Thöle-Ehlhardt vorgebracht habe sehr gut nachvollziehen könne und daher für den gestellten Antrag stimmen werde.

Vorsitzender stellt klar, dass die Fraktionen den Antrag an sich nicht in Frage stellen, aber das insgesamt Klärungsbedarf gesehen werde sei berechtigt. Er wirbt für eine produktive Lösung. Er bittet nunmehr die Antragstellerin um Mitteilung, ob eine Zurückstellung mit weiteren Gesprächen erfolgen soll oder über den Antrag abgestimmt werden soll.

Frau Thöle-Ehlhardt hält an der grundsätzlichen Form ihres Antrages fest, da dieser nach ihrer Ansicht auch allgemein formuliert ist. Über redaktionelle Änderungen könne gerne noch gesprochen werden.

Herr Stakowski sieht keinen Schaden, wenn die Entscheidung in den Mai 2021 geschoben und in der Zwischenzeit gemeinsam mit allen Beteiligten formuliert werde, wie die Stelle konkret aussehen soll, welche Aufgaben erledigt werden sollen. Dies betreffe ja auch Aufgabenänderungen und / oder Verschiebungen im Stahlwerk. Sollte es zu einer Abstimmung kommen, würde er den Antrag ablehnen.

Herr Schulke schließt sich den Ausführungen von Herrn Stakowski an und gibt zu bedenken, dass hier dann jetzt über eine Personalstelle mit einem Volumen von 98.000 EUR beschlossen würde und da könne er zum jetzigen Zeitpunkt mit dieser Informationslage nicht mitgehen und würde bei einer Abstimmung ablehnen.

Vorsitzender fasst zusammen, dass das Thema von allen Fraktionen sehr ernst genommen wird und dass es keiner zum Wahlkampfthema machen möchte. Er würde sich freuen, wenn der Antrag zurückgestellt würde, damit interfraktionell darüber beraten werden kann und dann im Mai 2021 eine mehrheitliche Entscheidung getroffen werden kann.

Frau Thöle-Ehlhardt erkundigt sich danach, ob ein Wiederbefassungsverbot von 6 Monaten greifen würde, wenn heute über diesen Antrag abgestimmt würde. Herr Dreier bestätigt, dass bei Abstimmung ein Wiederbefassungsverbot bestehen würde; bei Zurückstellung des Antrages nicht.

Frau Thöle-Ehlhardt erklärt darauf, dass sie schon wahrgenommen habe, dass es den Fraktionen wichtig sei, diese Stelle nach weitere Beratung zeitnah einzusetzen und zieht daher ihren Antrag zurück.

Vorsitzender stellt daher folgendes fest:

Die UWG-Fraktion – Frau Thöle-Ehlhardt hat nach eingehender Beratung den Antrag zurückgezogen.

**TOP 9 Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung der Richtlinie zur
Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen durch die Stadt
Melle
Vorlage: 01/2021/0018**

Frau Dettmann stellt die Vorlage vor. Diese stellt ein Upgrade zur der Vorlage aus dem letzten Jahr da; diese damals beschlossene Erweiterung war bis zum 31.12.2020 befristet. In der Hoffnung, dass in 2021 Jugendfreizeiten stattfinden können und um eine Planungssicherheit für die Freizeiten sicherzustellen, wird die Erweiterung der Richtlinie befristet bis zum 31.12.2021 beantragt. Frau Dettmann erhofft sich dadurch zumindest eine Anerkennung der jetzt beginnenden Planungen zu bewirken und geht davon aus, dass die vorgesehenen Haushaltsmittel durch die Erweiterung nicht überschritten werden.

Vorsitzender stellt den Antrag zur Aussprache. Da sich keine Wortmeldungen ergeben, stellt Vorsitzender den Antrag zur Abstimmung. Der Ausschuss fasst folgenden einstimmigen

Beschluss:

Die SPD Stadtratsfraktion beantragt eine Änderung der Richtlinie zur Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen durch die Stadt Melle. Die in der Sitzung des Rates vom 15.07.2020 beschlossene Erweiterung der Richtlinie zur Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen durch die Stadt Melle, befristet vom 16.07.2020 bis 31.12.2020 muss in dem Zeitraum vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021 weitergeführt werden.

Inhalt dieser Änderung ist u.a. die Erhöhung des Tagessatzes von 2,50€ je Tag auf 5,00€ je Teilnehmer*innen und für Gruppenleiter*innen von 3,50€ je Tag auf 7,00€ je Tag. Dies gilt für Tagesveranstaltungen und mehrtägige Freizeitmaßnahmen mit und ohne Übernachtung, sowie eine verkürzte Antragsfrist von einer Woche.

Die im Haushalt geplanten Mittel dürfen nicht überschritten werden.

TOP 10 Unterjähriger Finanzcontrollingbericht für den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration zum Stichtag 31.10.2020 Vorlage: 01/2021/0038

Vorsitzender stellt den vorliegenden Controllingbericht zur Aussprache und stellt fest, dass es keine Rückfragen zum vorliegenden Bericht gibt.

TOP 11 Haushaltsberatung 2021 / 2022 - Teilhaushalt 190, 400 und 500

Herr Kugler berichtet für den Teilhaushalt 500, dass es sich dort vorwiegend um durchlaufende Gelder handelt. Lediglich der Ansatz „Zuwendungen an die Wohlfahrtsverbände“ mit 86.500 EUR ist ein frei verfügbarer Ansatz, aus dem auf Antrag der Wohlfahrtsverbände entsprechend der Richtlinie Zuwendungen gezahlt werden. Dieser Ansatz wurde gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Vorsitzender stellt den Bericht zur Aussprache und stellt fest, dass sich hier keine Rückfragen ergeben.

Frau Werges stellt die Ansätze für den Teilhaushalt 400 - Jugendbereich vor. Im Kern stellt sie fest, dass die Ansätze gegenüber dem Vorjahr nicht verändert wurden. Lediglich für die Wahl des Jugendparlaments und für die Durchführung der Jugendkonferenz wurden zusätzlich Mittel beantragt. Auf Nachfrage von Frau Dettmann stellt sie fest, dass die Jahreszahlen, die bei den Transferaufwendungen auf Seite 435 des Entwurfes genannt werden sich auf die Zukunft beziehen nicht auf 2018 bzw. 2018/2019.

Weitere Nachfragen ergeben sich nicht.

Frau Feller berichtet zu den Ansätzen Teilhaushalt 190 – Familienbüro. Der Ansatz für den Familienpass beläuft sich unverändert auf 90.000 EUR. Sie erwartet zudem eine Zuweisung vom Landkreis für Integrationsmanagement. Diese Position findet derzeit noch nicht im Entwurf. Auf Nachfrage von Frau Buermeyer erklärt sie, dass bis zum 05.02.2021 rund 47.000 EUR abgerufen wurden.

Frau Buermeyer ruft dabei die Nachsteuerung im Bereich des Familienpasses in Erinnerung. Weitere Nachfragen ergeben sich dazu nicht.

Vorsitzender dankt allen Beteiligten für ihren Bericht.

TOP 12 Wünsche und Anregungen

Frau Wendelin-Feindt berichtet inhaltlich über den verspätet eingegangenen Antrag der CDU-Fraktion auf Unterstützung älterer und mobilitätseingeschränkter Personen bei Impfung gegen COVID-19 durch Errichtung dezentraler Impfstationen. Durch die heutige Online-Berichterstattung wurde bekannt, dass der Bürgermeister erste Schritte in diese Richtung eingeleitet hat und die Fraktion geht davon aus, dass die Politik regelmäßig über die weitere Entwicklung zeitnah informiert wird.

Vorsitzender bedankt sich über die rege Beteiligung in dieser Form der Sitzung und hofft darauf, dass bald wieder Präsenzsitzungen möglich sind.

gez. 28.04.2021

H. Grube

Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

gez. 22.04.2021

A. Dreier

Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

gez. 15.04.2021

M .Hölscher

Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)